Präambel

Die DVD sieht sich als Partei für ganz Deutschland, ob links, mitte, konservativ oder rechts, mit dem Willen, dass alle Menschen auf Augenhöhe miteinander reden und regieren. Vom Volk gewählte Parteien werden politisch nicht ausgeschlossen und haben dem Wahlergebnis folgend ein Recht auf Mitbestimmung.

Für Themen, die gesamt Deutschland betreffen und landesübergreifende entscheidende Folgen für Deutschland haben ist im Grundgesetz festzuschreiben, dass hierzu zukünftig eine Bürgerentscheidung zu erfolgen hat. Ein Antrag von Bürger/innen und eine Unterschriftensammlung mit 800.000 Stimmen ist ausreichend für ein Bürgerbegehren, welches zu einer Bürgerentscheidung führt.

Nur so ist eine Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und das damit verbundene Mitbestimmungsrecht gewährleistet.

Parteien, die das nicht unterstützen, bestätigen damit, dass sie nicht die Interessen des Volkes vertreten wollen.

Seit über 70 Jahren sind immer wieder die gleichen Parteien in der Regierung, die sich je nach Status in der Regierung oder der Opposition befinden, sich gegenseitig schützen und wenn Sie nicht miteinander regieren, untereinander die Schuld der Misere hin und her schieben.

Die Regierungen haben es seit über 70 Jahren verstanden die Deutschen zu spalten und Missmut und Unmut zu säen, anstatt Zusammenhalt zu fördern.

Das Vertrauen der Bürger/innen in die Regierung und in die Parteien und dessen Entscheidungen ist schon lange verloren gegangen. Seit Jahren wächst unsere Wirtschaft in Europa am stärksten und dennoch kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern nichts von dem wirtschaftlichen Erfolg an.

Meinungs- und Pressefreiheit werden teilweise gezielt unterdrückt durch Sanktionen oder Anwälte von Regierungsmitgliedern, sodass die Presse über bestimmte Themen nicht mehr bzw. nur einseitig berichten darf.

Beweise dafür sind unter anderem, dass Deutschland in der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit auf dem 16. Platz und in der Demokratiefreiheit ebenfalls nur auf dem 16. Platz steht. Deutschland ist die viert größte Volkswirtschaft weltweit und die größte in Europa.
Im Ländervergleich mit dem durchschnittlichen Jahreseinkommen steht Deutschland auf Platz 17 und gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sogar nur auf Platz 18.

Im Ländervergleich der Korruption liegt Deutschland auf dem zehnten Platz mit einem Index von 20.

Leittragende ist seitdem die Bevölkerung, ob jung oder alt.

Die DVD will dies durchbrechen, um eine neue demokratische und gleichberechtige Gemeinschaft hervorzubringen, in der Kinder und Jugendliche nicht perspektivlos sind, Rentner/innen nicht mehr in Mülltonnen nach Nahrung und Pfandflaschen suchen und Erwerbstätige nicht für den Wohlstand einiger dienen müssen. Jeder soll entsprechend eigenständig leben können und vor Altersarmut geschützt sein.

Die Grundrechtsreform für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwerbstätige sowie für Rentner/innen soll zukunftsorientiert neu gefasst werden. Hierzu sind vor allem Gesetze, die älter als 50 Jahre bzw. nicht mehr zeitgemäß sind, zu überarbeiten und demokratischer für alle zu gestalten und es müssen neue Gesetze gefasst werden.

Die Digitalisierung und der Klimaschutz sollen ausgebaut und die Bürokratie sowie eine wirtschaftliche Abhängigkeit über die EU-Grenzen hinaus abgebaut werden.

Ebenfalls ist die Steuerpolitik grundlegend demokratischer auf alle zu verteilen, um zukunftsorientiert den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Zukunft zu jeder Zeit zu gewährleisten. Dies gilt ebenfalls für das Kranken-, Pflege- und Rentensystem. Ganz im Sinne von „einer für alle, alle für einen."

Der Bundestag soll auf 500 Plätze beschränkt und die begünstigenden Geldleistungen für Abgeordnete eingeschränkt werden. Die damit eingesparten Gelder sollen für soziale Projekte, digitale Umsetzung in Schulen und für den Klimaschutz verwendet werden.

Um den Willen des Volkes gerecht zu werden und nicht dem politischen Kalkül, soll der/die zukünftige Bundeskanzler/in von der Partei gestellt werden, welche die Wahl gewonnen hat. Unabhängig davon, ob eine Regierungsbildung mit der Partei, welche die Wahl gewonnen hat, erfolgt.

Ein weiteres Ziel soll es sein, Bundestagswahlen nur noch alle sechs Jahre abzuhalten. Die eingesparten Gelder sollen für die Bürgerentscheide verwendet werden. Weiterhin ist eine Wahl der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers auf maximal zwei Wahlperioden und maximal 12 Jahre begrenzt.

Vorstandsvorsitzende der DVD vom Bund, von den Ländern, der Kreise als auch der Städte können sich nach zehn Jahren nicht wieder zum Vorsitz wählen lassen. Hiervon ausgeschlossen ist die Gründungsphase der DVD und der Einzug in den Bundes- oder Landtag. Damit soll das Machtgefüge eingegrenzt und neuen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, am Zeitgeschehen in der Basis und in der Partei mitzuwirken.